

Gewerkschaftspolitik

Nixons neue ökonomische Politik und die Gewerkschaften

Wie vorauszusehen (vgl. GM 3/1971), hat sich auch in diesem Jahr in den Vereinigten Staaten -weder die Arbeitslosenrate noch die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten vermindert. Beide hielten sich, mit geringen Schwankungen nach oben oder unten, um 6 vH und die Sommermonate brachten, im Anschluß an mehrere großzügige Lohnerhöhungen in Schlüsselindustrien (Stahl-, Transport- und Baugewerbe), eine steigende Tendenz. Es mehrten sich die Stimmen unter Politikern, Gewerkschaftsführern und Nationalökonomen, die eine Lohn- und Preiskontrolle verlangten; selbst *Arthur Burns*, der konservative Leiter des Federal Reserve Board, befürwortete eine langfristige Einkommenspolitik. Aber von ein paar schüchternen Druckversuchen abgesehen, hielt die *Nixon*-Regierung an ihrer Politik der Nichteinmischung fest. Noch Ende Juli polemisierte *Paul McCracken*, der Vorsitzende von Nixons Wirtschaftsbeirat, gegen den konkreten Vorschlag von *John Kenneth Galbraith* für einen temporären allgemeinen Lohn- und Preisstopp auf 90 Tage, gefolgt von einer selektiven, auf Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten beschränkten, Lohn- und Preiskontrolle.

Anfang August begann dann in Europa — im Zug der unter den Auswirkungen des Vietnamkriegs sich rapid verschlechternden Zahlungsbilanz — der Run auf den Dollar und zwang die Regierung schließlich zum Eingreifen. Am 15. August verkündete Präsident Nixon unter Fanfarenstößen seine NEP (New Economic Policy) — neu freilich nur für

Nixon. Denn in Wirklichkeit ist diese Wirtschaftspolitik nicht mehr als ein Notprogramm von Maßnahmen, die längst von anderen Seiten vorgeschlagen worden waren. In der Form der Vorbereitung und Verkündung trägt es freilich den autoritären Stempel des neuen Finanzministers *John Connally*, eines konservativen Politikers aus Texas. (Es ist derselbe Connally, dessen Differenzen mit dem liberalen Flügel seiner Partei, den Demokraten, John F. Kennedy 1963 zu seiner unseligen Reise nach Dallas veranlaßten; eine der Kugeln, die damals den Präsidenten töteten, streifte auch Connally).

Die Einzelheiten der Maßnahmen sind bekannt: nach außen eine Ablösung des Dollars von der längst sinnlos gewordenen Verknüpfung mit Gold, verbunden mit einer zehnprozentigen Importsteuer, mit dem Ziele, eine überfällige Abwertung des Dollars auf dem Umweg über eine differenzierte Aufwertung der Währungen der führenden Industriestaaten zu erzwingen, und dadurch die Konkurrenzfähigkeit Amerikas auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Nach innen ein konjunkturpolitisches Paket, das neben einer 90tägigen „Einfrierung“ von Löhnen, Preisen und Mieten eine Anzahl von steuerlichen Erleichterungen vorsieht, von denen sich die Regierung eine Zunahme der Produktion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze verspricht. Dabei stellte sich freilich heraus, daß die massiven, sofort oder gar rückwirkend in Kraft tretenden Vergünstigungen — ein Steuerkredit für Maschinen und Betriebsanlagen, zusätzliche Abschreibungserleichterungen, die Abschaffung der Luxussteuer für neue Automobile — den Unternehmungen zugute kommen, während die geringfügigen Steuerermäßigungen für die Allgemeinheit — die Vorverlegung einer geringen Erhöhung des steuerfreien Mindesteinkommens — erst im Januar in Kraft treten sollen. Steuern,

Zinsen und Dividenden unterliegen nicht dem Stopp. Die beiden letzteren stehen zwar unter moralischem Druck, doch kann eine Dividenderhöhung ja jederzeit nachgeholt werden.

Der Klassencharakter dieses vom Denken und von den Interessen der Großunternehmen beherrschten Programms liegt zutage. Wirtschaftspolitisch versucht es, die Konjunktur von der falschen Seite her aufzuzäumen, von der Produktion statt vom Konsum: Die Stimulierung der Investitionen hat enge Grenzen, wenn die Industrie nur mit 75 vH ihrer Kapazität arbeitet. So hat eine im Frühjahr dekretierte Abschreibungserleichterung das weitere Abgleiten der Kapitalinvestitionen nicht verhindern können. Allenfalls würde eine Oberstimulierung zur Freisetzung von Arbeitskräften führen. Dazu kommt noch, daß die Regierung beabsichtigt, den Steuerausfall durch einen Abbau des staatlichen Personals um 5 vH wettzumachen. Selbst die Abschaffung der Automobilsteuer kommt in erster Linie dem Mittelstand zugute; das Gros der ärmeren Schichten kann sich meist nur gebrauchte Wagen leisten. Überhaupt ist der Lohnstopp eine sich automatisch selbst durchsetzende Maßnahme, während der viel leichter zu umgehende Preisstopp lediglich den Beschwerden der Konsumenten unterliegt, einem beschwerlichen, langwierigen und kostspieligen Weg. Überdies unterliegen verderbliche Lebensmittel nicht der Preisregulierung.

Die offensichtliche Ungerechtigkeit der Maßnahmen, verbunden mit dem Umstand, daß sie ohne Zuziehung der Gewerkschaften ausgearbeitet wurden, rief denn auch deren scharfe Opposition auf den Plan. *George Meany*, Leiter der AFL-CIO, und *Leonard Woodcock* von der unabhängigen Automobilarbeitergewerkschaft gaben kritische Erklärungen ab. (*Fitzsimmons*, der neue Präsident der mächtigen Teamster, dagegen stattete Nixon seinen Dank für dessen demonstrativen Besuch bei seinem kürzlichen Amtsantritt dadurch ab, daß er die Mitarbeit seiner Gewerkschaft versprach). *George Meanys* Zorn wurde noch durch eine vom Weißen Haus inspirierte Bemerkung des Arbeitsministers angestachelt, er sei „außer Schritt“ mit den amerikanischen Arbeitern und Arbeiterinnen. Es stellte sich freilich heraus, daß allein schon die Tatsache, daß die Regierung nach Monaten des Treibenlassens endlich eingegriffen hatte, im Publikum eine positive psychologische Wirkung erzeugte. Nicht nur auf der Börse, die aus ihrer Lethargie geweckt wurde, sondern offenbar bis weit in Arbeiterkreise hinein. So ergaben mehrere in unmittelbarem Anschluß durchgeführte Opinion Polls, daß etwa drei Viertel der unorganisierten Arbeiter und delbst unter Gewerkschaftsmitgliedern etwa zwei Drittel das Nixonprogramm günstig beurteilten. Nun ließ zwar weder die Fragestellung noch die

Kürze des Zeitabstands die Möglichkeit zu einer differenzierteren Beantwortung. Aber die Ergebnisse der Polls deckten sich offenbar mit den internen Informationen der Gewerkschaftsführung, und sowohl *Meany* wie *Woodcock* begannen, ihre Kritik etwas zurückzustecken und ihre Mitarbeit im Prinzip zuzusagen. *Meany* ging soweit, in einem Fernsehinterview vom 5. September einen Streikverzicht in Aussicht zu stellen für den Fall, daß die Gewerkschaften an der Ausarbeitung der künftigen Richtlinien beteiligt würden.

Die Gewerkschaften sehen sich naturgemäß vor allerhand Probleme gestellt. So müssen schwebende Lohnverhandlungen vertagt werden; Streiks sind zwar nicht verboten, aber bis auf weiteres hinfällig geworden. Tariflich bereits vorgesehene Lohnerhöhungen — z. B. bei Lehrern, deren Arbeitsjahr nach dem 15. August beginnt — dürfen nicht honoriert werden. Zu der ohnedies bestehenden Diskrepanz zwischen den Löhnen in den gut organisierten Schlüsselindustrien und den schwach oder gar nicht organisierten Gewerbebezügen tritt nun noch die Diskrepanz zwischen den vor dem Lohnstopp vereinbarten Lohnerhöhungen (oft über 10 vH jährlich) und den künftig auszuhandelnden Erhöhungen, die zweifellos wesentlich unter diesen inflationären Sätzen liegen werden.

Zweierlei wird nun für die Gewerkschaften entscheidend. Unmittelbar das Schicksal der *steuerlichen Maßnahmen*, die der Billigung durch den Kongreß unterliegen, wo viele demokratische Abgeordnete, unterstützt durch den politischen Einfluß der Gewerkschaften, zweifellos einige Änderungen durchsetzen werden. Auf längere Sicht geht es um die Form, in der nach Ablauf der 90 Tage eine *Dauerkontrolle von Löhnen und Preisen* institutionell verankert wird, um eine etwaige Ausdehnung der Kontrolle auf Gewinne und Dividenden, und um die Richtlinien für diese Kontrollbehörde. Anstelle eines von der Regierung eingesetzten Boards wünschen die Gewerkschaften einen Dreierausschuß nach dem Vorbild von *Roosevelts* und *Trumans War Labor Board*, in dem Gewerkschaften, Industrie und Allgemeinheit paritätisch vertreten sind. Es ist anzunehmen, daß die Regierung den Gewerkschaften in diesem Punkt entgegenkommen wird, wobei dann freilich viel von der Person des Regierungsvertreters abhängen wird. Dagegen wird sich eine geforderte *Beschränkung der Gewinne* schwer durchsetzen lassen; die steuerliche Abschöpfung von Sondergewinnen etwa erhöht erfahrungsgemäß die Tendenz zu verschwenderischen Geschäftsausgaben.

Was schließlich die Richtlinien für die Kontrollbehörde betrifft, so wird viel davon abhängen, ob die neuen Maßnahmen sich in den nächsten Monaten als eine spürbare Bremse

für die Lebenshaltungskosten erweisen werden. Wenn ja, dann kann eine Formel gefunden werden, welche die Lohnerhöhungen in irgendeiner Form mit der Steigerung der Produktivität verkoppelt. Wenn nein, dann ist ein Wiederaufleben der Lohnkämpfe, vielleicht in etwas gedämpfter Form, unausbleiblich, und dann wird auch eine Stimulierung der Konjunktur, die von der de-facto-Devaluierung des Dollars ausgehen könnte, nicht vom Fleck kommen. Alles hängt von einer etwaigen kurzfristigen Schockwirkung von Nixons „NEP“ ab; denn langfristig heben sich ihre positiven und negativen konjunkturpolitischen Elemente gegenseitig auf — besonders solange das Militärbudget in seiner gegenwärtigen Höhe auf der Gesamtwirtschaft lastet.

George Günther Eckstein

Langwierige aber erfolgreiche Tarifverhandlungen in Schweden

Länger als ein halbes Jahr dauerten diesmal die Verhandlungen über den neuen Rahmentarifvertrag zwischen den schwedischen Gewerkschaften LO (Landsorganisationen) und dem Arbeitgeberverband (SAF). Im November 1970 hatten sie begonnen und erst am 22. Juni 1971 konnten sie, nachdem besonders die letzten Wochen recht dramatisch verliefen, abgeschlossen werden.

Mehrfach waren die Verhandlungen resultatlos abgebrochen worden. Noch bis in die letzten Stunden war die Gefahr eines offenen Konfliktes akut. Die Gewerkschaften hatten für den Fall einer Ablehnung des letzten Schlichtungsvorschlages seitens der Arbeitgeber alle Vorbereitungen für einen umfassenden Streik getroffen. Zunächst waren einige Punktstreiks vorbereitet, an denen sich ungefähr 80 000 der rund 800 000 in den LO organisierten Gewerkschafter beteiligen sollten.

Im Mittelpunkt des abgeschlossenen Vertrages stehen vier Punkte: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung des Pensionsalters, verbesserte Krankenfürsorge.

Die ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaften nach *Lohnerhöhungen* bedeuteten nach den Berechnungen der LO Mehrausgaben von 33 vH, nach der Auffassung des Arbeitgeberverbandes jedoch 50 vH. In dem neuen Abkommen sollen die Löhne nun, einschließlich der erhöhten Ausgaben für die Sozialversicherungen, im Laufe von drei Jahren um 27,9 vH steigen. Für 1971 sieht das Abkommen eine allgemeine Erhöhung aller Stundenlöhne um 40 Öre vor, für 1972 eine solche von 25 Öre und für das dritte Quartal 1973 eine von 30 Öre. Außerdem beinhaltet der Vertrag einen besonderen Zuschlag für die unter dem Lohndurchschnitt liegenden Arbeiter-

gruppen. Dieser beträgt im ersten Jahre 25 vH der Differenz zwischen dem eigenen Stundenlohn und 12,20 Kronen, im zweiten Jahre 25 vH der Differenz zu 13,25 Kronen.

Innerhalb der Tarifperiode wird die schon vom Reichstag beschlossene *Arbeitszeitverkürzung* von 42,5 auf 40 Stunden durchgeführt. Um den Verdienstaufschlag auszugleichen, ist damit eine allgemeine Lohnerhöhung von 6,25 vH verbunden.

Das gesetzliche *Rentenalter* beträgt 67 Jahre. In dem neuen Rahmenvertrag ist jedoch die Einrichtung einer Versicherungskasse vorgesehen, die eine Pensionierung mit 65 Jahren ermöglicht. Diese Alterssenkung wird aus Beiträgen der Arbeitgeber finanziert und soll - 65 vH des letzten Einkommens garantieren. Diese Rente soll auch mit einem Ausgleichsatz weiterlaufen, falls nach Eintritt der staatlichen Pension die 65-vH-Grenze nicht erreicht werden sollte. Zur vollen Auswirkung kommt dieser Vertragspunkt jedoch erst 1973/1975.

Es wird eine von den Arbeitgebern bezahlte Verbesserung der *Krankenfürsorge* eingeführt. Diese hat eine Karenzzeit von 30 Tagen und soll denen helfen, welche längere Zeit krank sind oder im Laufe eines Jahres in verschiedenen Perioden zusammen mehr als 30 Tage krank waren. Diese Versicherung soll den Betroffenen 90 vH des Nettolohnes, also des Lohnes nach Abzug der Steuern garantieren.

Das Gesamtergebnis

Faßt man das Ergebnis zusammen, so sind in dem Vertrag die wesentlichsten Forderungen der Gewerkschaften, wenn auch mit einer Reihe von Abstrichen, angenommen worden. Die Abstriche beziehen sich vor allem auf folgende Punkte: Die auf zusammen 29 vH verminderte Gesamtlohnerhöhung wurde auf drei Jahre verteilt. Gleichzeitig mußten die Gewerkschaften, entgegen ihren Forderungen, der langfristigen dreijährigen Laufzeit des Vertrages zustimmen. Ebenso wurde auch die Regelung der Pensionsfrage faktisch um zwei bis drei Jahre hinausgezogen, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß eine im Laufe dieser Zeit eingetretene gesetzliche Herabsetzung des Pensionsalters die gegenwärtige Regelung teilweise überholt.

Bei den langwierigen Verhandlungen ging es oft weniger um die eigentlichen Lohnerhöhungen als um bestimmte Prinzipien und Grundsätze und um die *soziale Stellung des Arbeiters* im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsgruppen. So verlangten die Gewerkschaften für die Arbeiter dieselben Vorrechte und Sonderstellungen, wie sie die Beamten und die meisten Angestelltengruppen schon besitzen. Diese Forderungen sind nicht neu, hat-

ten aber besonders während des Streiks der höheren Beamten im Frühjahr an Aktualität gewonnen. Der mit den Arbeitgebern abgeschlossene Kompromiß folgt dieser Linie und will die Kluft zwischen den höheren und niedrigen Einkommensklassen vermindern. Die generelle Lohnerhöhung von 40 Ören begünstigt vor allem die niedrigen Lohnklassen. Noch eindeutiger gilt das für den 25prozentigen Differenzausgleich der unterdurchschnittlichen Löhne.

Die Arbeitszeitverkürzung, die Pensionsreform und die verbesserte Krankenfürsorge bedeuten eine Angleichung an die Sonderrechte der Beamten. In anderen Fragen, so z. B. in der des Kündigungsschutzes, stehen die Arbeiter dagegen immer noch unvergleichlich schlechter da als die Beamten und Angestellten. Dasselbe gilt für die Löhne der älteren Arbeiter. Beim Arbeiter sinkt der Verdienst mit zunehmendem Alter, während er bei den Beamten mit den Dienstjahren steigt. Auch in manchen anderen Fragen sind die Arbeiter weiterhin benachteiligt.

Insgesamt ist der abgeschlossene Vertrag ein Erfolg der Gewerkschaften und der „beste Abschluß seit vielen Jahren“, wie die Zeitung der Metallarbeiter schrieb. Mit Hilfe eines Streiks hätte man kaum mehr erreichen können. Andererseits hätte auch die Arbeitgeberseite mit einer Ablehnung des letzten Schlichtungsvorschlages nichts gewonnen. Die Verlu-

ste infolge Produktionsausfall und die oftmals nicht wiedergutzumachenden Verluste auf dem Exportmarkt wären auf jeden Fall größer gewesen als es die nun erhöhten Ausgaben für Löhne und Sozialversicherung sind.

Man spricht oft davon, daß die Preiserhöhungen die Lohnerhöhungen wieder auffressen; die Lohnerhöhungen werden fast immer dagegen als Argument für ungerechtfertigte Preiserhöhungen benutzt. In Wirklichkeit machen die Lohnerhöhungen in den meisten schwedischen Produktionszweigen nur einen relativ geringen Anteil der Unkosten aus. So rechnete die Zeitung des schwedischen Handelsarbeiterverbandes kürzlich aus, daß die Personalkosten im Lebensmittelhandel nur 7,6 vH des Umsatzes betragen. Eine Lohnerhöhung von 10 vH würde demnach nur eine Preiserhöhung von 0,76 vH bedeuten. Selbstverständlich müßte man dazu noch die Einwirkung der Lohnerhöhungen der vorausgegangenen Produktionsprozesse der Ware berücksichtigen, aber selbst dann sind die wirklichen Einwirkungen der Lohnerhöhungen auf den Endpreis minimal. Selbstverständlich sind die Auswirkungen der Lohnerhöhungen stärker in gewissen Service-Berufen, wo der Personalkostenanteil größer ist. Sollen aber die-im Gaststättengewerbe und ähnlichen Berufen beschäftigten Arbeiter die Preise mit niedrigen Löhnen subventionieren?

Walter Pöppel